

bisher als Führer mit Begeisterung gefolgt waren, habe ziehen lassen, ohne selbst mit ihnen zu gehen. „Damals hätte er sich sagen können, daß nur der Entschluß, selbst aus der Fraction auszutreten, der richtige sei. Er hätte darauf rechnen können, daß außer den sogleich mit ihm aus der Fraction Ausgeschiedenen wol mancher andere seiner Autorität gefolgt wäre.“ Da er dies nicht gethan, müsse er nun überhaupt politisch abdanken.

Die Volks-Zeitung schreibt aus Berlin vom 31. Juli: „Die uns geschrieben wird, hat Hr. v. Bennigsen dem Centralcomité der national-liberalen Partei brieflich angezeigt, daß er sein Mandat für das Abgeordnetenhaus annehmen werde. Von einem gänzlichen Verzicht auf seine parlamentarische Thätigkeit ist in dem Schreiben Bennigsen's nichts enthalten, ebenso wenig darüber, daß derselbe auch sein Mandat für den Reichstag niederzulegen beabsichtige. — Es wird uns geschrieben, daß der Präsident Simson die feierliche Eröffnung des Reichsgerichts zu einer großen nationalen Feier gestalten will. Es sollen sich daran die Justizminister der größern Bundesstaaten, Deputationen von Gerichten, die leipziger Universität in corpore u. d. betheiligen. Von den beim Obertribunal in Berlin beschäftigten Anwälten gehen alle bis auf den Justizrath Simson an das Reichsgericht nach Leipzig.“ Diese Mittheilung bedarf jedenfalls der Bestätigung.

Die berliner Staatsbürger-Zeitung prebigt offen die Verschmelzung der National-Liberalen und des Fortschritts. Sie schreibt: „National-liberal“ und „Fortschritt“, beides muß als verbraucht und veraltet von der Welt verschwinden, um einer „allgemeinen liberalen Verfassungskartei“ Platz zu machen.

Sehr bedeutsam ist, was die Germania zu den bekannten Artikeln der Kölnischen Zeitung und die daran geknüpften Bemerkungen der Provinzial-Correspondenz sagt:

Was uns betrifft, so begleiten wir alle diese Versuche, eine Klärung der Parteiverhältnisse herbeizuführen, mit sympathischer Aufmerksamkeit. Die Abstimmung der national-liberalen Fraction in dem „Rebergerichte“ über Dr. Böll ergab eine Bennigsen'sche Minorität von 36 gegen 45 Anhänger Lasler-Fordendek's. Die Hälfte der 36 ist bereits aus der Fraction ausgetreten; die andere Hälfte wird schwerlich diesem Beispiele folgen, solange nicht Hr. v. Bennigsen ihnen den Sprung vormacht. Letzterer scheint aber keine Lust zu haben. Ob er das Programm des Bismarckianismus sans phrase der Kölnischen Zeitung acceptiren würde, darf man bei seinem Selbstbewußtsein und namentlich nach seinem Botum gegen den Zolltarif billig bezweifeln. Aber augenscheinlich will er am feinen Preis des Stuhl und die Partei-zeichnung wechseln. Wäre es dem rechten Flügel unter Bennigsen gelungen, die Herren Lasler und Fordendek in die Minorität zu bringen, so würden die Wünsche der Provinzial-Correspondenz besser realisiert werden. Im übrigen wiederholen wir, daß eine unbedingt regierungstreue Mehrheit uns nicht erwünscht ist, daß wir aber, solange diese Gefahr nicht droht, nichts dagegen haben, wenn die officiellen Wurfgeschosse Syren und Weizen zu sondern suchen.

Natürlich ist dem Centrumsblatt alles daran gelegen, daß die gegenwärtige Regierungsmehrheit, wo ihre Partei das Jünglein der Wage in der Hand hält, nicht durch den Zutritt auch nur eines Theils der National-Liberalen oder auf sonstige Weise demassen verschoben werde, daß diese ausschlaggebende Stellung des Centrums darunter litte.

Consulatsberichte in der neuesten Nummer des Preussischen Handels-Archivs bringen Mittheilungen aus Mexico und vom Kaukasus, welche Klagen über die geringe Solidität deutscher Producenten enthalten. Aus Mexico schreibt man:

Manche der hiesigen Erzeugnisse haben sich in Europa erst Bahn zu brechen, ehe sie stetig und nachbringend abgesetzt werden können, und Deutschland speciell wird ohne Zweifel einen lebhaften Handel mit Mexico erzielen, sobald eine directe Dampfschiffverbindung zwischen beiden Ländern hergestellt, welche, unnötige Spesen auf die deutschen Waaren an Zwischenhäfen beseitigend, dem hiesigen Export zugleich mit billigen Rückfrachten an die Hand gibt. Es steht dann auch zu erwarten, daß die deutschen Fabrikanten, welche durch die bestehenden großhändlerischen Etablissemens ihrer Landstente in allen Theilen der Republik eine bevorzugte Stellung einnehmen sollten, nicht experimentiren, wie vielfach bisher geschehen, sondern mit bleibendem Nutzen sich Abzugspätze hier verschaffen werden. Zur richtigen Wahrung ihrer Interessen werden manche von ihnen einem Gange zu unrecellen Lieferungen, der ihren überseeischen Verbindungen ebenso schaden muß, wie er es im Inlande thun würde, steuern müssen. So hat, um nur einen Artikel anzuführen, sich noch keine Marke deutschen Bieres hier eine dauernde Beliebtheit verschaffen können, denn sobald ein solches Fabrikat durch einige gute Sendungen in Aufnahme gekommen, pflegt es durch geringere Nachlieferungen seinen guten Namen hier wieder einzubüßen. Und vom Kaukasus wird berichtet:

Was die Interessen der deutschen Industrie anlangt, so darf leider auf Grund übereinstimmender Aeußerungen hiesiger Detailverkäufer die Wahrnehmung nicht verschwiegen werden, daß letztere selbst bei vorwiegend deutschen Productionsartikeln (insbesondere Eisenwaaren) hierorts in neuerer Zeit der französischen und englischen Waare deshalb den Vorzug geben, weil, bei im ganzen gleichen Preisen, die letztere durchweg von besserer Qualität sei. Dies hatte zur Folge, daß in der letzten Zeit die Fabriken der Rheinprovinz hierher keinen Absatz mehr haben konnten. Sehr bedauerlich ist endlich die im hiesigen Verkehr häufig vorkommende Thatsache, daß deutsche Producenten, und unter diesen sogar alte anerkannte Firmen, es sich geradezu zur

Aufgabe machen, die geringern Sorten ihrer Erzeugnisse nach dem Kaukasus abzusetzen, in der Voraussetzung, daß es dem Empfänger ja doch mit Rücksicht auf die großen Spesen der Verladung keineswegs möglich sei, die nicht probenhaltige Waare zurückzuschicken. Dies hat regelmäßige Streitigkeiten und unerquickliche Auseinandersetzungen, auch Prozesse zwischen Absender und Besteller beziehungsweise Consignationskäufer zur Folge, bei welchen gewöhnlich die deutschen Producenten sehr zu Schaden kommen. Am meisten aber leidet hierunter der gute Ruf der deutschen Production im Inlande, sofern die einmal getauften Waarenbesteller selbstverständlich von weiteren Bestellungen absehen und der französischen und englischen Waare, welche überhaupt den hiesigen Markt beherrscht, den Vorzug geben. Unter den obwaltenden Umständen können die Ausfuhr, welche sich für den deutschen Handel in der nächsten Zeit hier eröffnen, nicht gerade als günstige bezeichnet werden, und es dürfte unzweifelhaft die Aufgabe deutscher Industrieller sein, die (oben erwähnten) und hiesigen Geschäftsleuten so häufig gerügten Mängel zu beseitigen, damit die deutsche Industrie auf die Dauer auch hier neben derjenigen anderer Nationen den ihr gebührenden Platz einnehme.

Dann darf die deutsche Industrie freilich nicht klagen, wenn sie überflügelt wird.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hatte geschrieben:

Jeder ernste Freihändler kennt unsere Handelsbilanzen seit 1872, ihre Wichtigkeit im Detail mag angezweifelt, ihre Aufstellungsart getadelt werden; feststehend und unzweifelhaft ist aber, daß sie seit 1860 in derselben Weise aufgestellt wurde und übereinstimmende Ergebnisse dahin geliefert hat, daß sie vor 1865 fortgesetzte Unterbilanzen zwischen 150 und 450 Mill. M. ergeben hatte, während sie kontinuierlich seit 1872 Unterbilanzen von alljährlich über 1000 Mill. M. aufweist!

Dazu bemerkt die National-Zeitung:

Wer sich mit der Wirtschaftssatistik auch nur in der oberflächlichsten Weise beschäftigt hat, weiß, daß vor dem Jahre 1873 bei uns gar kein Versuch gemacht wurde, Berthangaben über die Ein- und Ausfuhr zu ermitteln, daß also vor dem genannten Zeitraum schlechthin nichts vorliegt, was mit dem Namen einer Handelsbilanz beehrt werden könnte. Jene zuverläßliche Angabe ist also vollständig unbegründet, und wir fügen hinzu, leider unbegründet. Wenn es nachweislich wäre, daß wir von 1865 bis 1873 eine jährliche sogenannte Unterbilanz von 50 bis 150 Mill. Thlr. gehabt hätten, die Freihändler würden sich dieses Argument für die vortrefflichen Folgen des Zolltarifs von 1865 wahrlich nicht haben entgehen lassen. Wenn sie selber auch auf Handelsbilanzen nur einen sehr geringen Werth legen, so hätten sie doch mit diesem Nachweise in der Hand die Argumentationen der Schutzkölner entkräften können, daß der Zolltarif und nicht die Ueber speculation den Nothstand von 1873 hervorgerufen habe.

Die Danziger Zeitung schreibt:

Warschau. Ein mit Weizen beladener Waggon traf, wie dem Golo telegraphirt wird, am 28. Juli aus Oesterreich auf der Eisenbahnstation Belostschel ein. Es erwies sich, daß das in demselben verladene Getreide große Mengen des berüchtigten Getreidefäfers (anisoplia austriaca) enthielt. Daher wurde der Waggon sofort geschlossen und nach Oesterreich zurücktransportirt.

Der Eisenber der betreffenden Notiz hält es für wünschenswerth, daß im Falle der Richtigkeit der obigen warschauer Meldung auch an unsern Grenzen für den Getreideimport aus Oesterreich Vorsichtsmaßregeln getroffen werden mögen.

Aus Schmalkalden wird der Volks-Zeitung geschrieben: „Bereits im Mai liefen bei hiesigen Eisenwaarenhändlern gedruckte Circulare auswärtiger Hüttenwerke ein, die bedeutende Preiserhöhungen der rohen Gufswaaren ver kündeten. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht ein Schreiben vom 27. Mai und unterzeichnet von 13 schlesischen Hüttenwerken. In diesem Schreiben heißt es: „In diesem Augenblicke wird die Unerträglichkeit der Lage noch erheblich vermehrt, wenn und sobald auf das von uns bisher verarbeitete Rohmaterial, das englische Roheisen, ein Einfuhrzoll von 50 Pf. (auf welches Quantum sich derselbe bezieht, steht nicht dabei) gelegt wird. Wir sind daher übereingekommen, von heute ab die Preise der rohen Gufswaaren um 2 M. pro 100 Kilo zu erhöhen! (Der Zoll auf Roheisen beträgt bekanntlich pro 100 Kilo 1 M.) In einem andern Schreiben von demselben Datum wird die „Aufbesserung der Preise“ auch auf emailirte Sanitätsentensilien, Kessel, Wannen und Ofentöpfe ausgedehnt, „die wir von heute ab zu den bisherigen Preisen (?) mit einem Aufschlage von 20 Proc. liefern“. Ein weiteres Circular, vom 26. Juni datirt, also nach Annahme des Roheisenzollens, bringt folgendes zur Kenntniß: „Gleichzeitig erhöhen wir die Preise der rohen Gufswaaren außer um die schon bekannt gegebenen 2 M. pro 100 Kilo noch um 50 Pf. pro 100 Kilo. Wir sind endlich zu der Erklärung ermächtigt, daß das königliche Hüttenwerk... und das Hüttenwerk... den von uns beschlossenen Preiserhöhungen für rohe Gufswaaren zu folgen gleichfalls beschloffen haben.“ Dieses Schreiben ist ebenfalls von 13 Hüttenwerken, zum größten Theil denselben, welche die ersterwähnten abgefaßt haben, unterzeichnet.“

Der Reichstagsabgeordnete Krüger-Hadersleben bemüht sich, die nord-schleswigsche Frage, die man seit dem vorigen Jahre glücklich begraben glaubte, wieder ins Leben zurückzurufen. Er veröffentlicht in der Haderslev Avis ein Schreiben, in welchem er versucht, den Nachweis zu führen, daß mit dem Vertrage vom 11. Oct. 1878, durch welchen

die Abstimmungsclausel des §. 5 des Prager Friedens außer Gültigkeit gesetzt wurde, keineswegs die nord-schleswigsche Frage erloschen sei. Er argumentirt folgendermaßen:

Durch den Art. 5 des Prager Friedens war der nord-schleswigschen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht gegeben, welches geknüpft war an eine freie Willensäußerung dieser selben Bevölkerung. Da nun dieses Selbstbestimmungsrecht Eigenthum der nord-schleswigschen Bevölkerung und nicht Preußens oder Oesterreichs war, so konnte auch dasselbe nicht Gegenstand von Unterhandlungen dieser Mächte werden. Daß das Selbstbestimmungsrecht nicht durch den Vertrag vom 11. Oct. 1878 beseitigt sei, wäre von angesehenen deutschen Pressorganen auch behauptet worden, und selbst die Regierung theilte diese Ansicht, denn sonst würde sie den Vertrag zum Gegenstande einer Discussion im Reichstage gemacht haben. Auch würde die Regierung, wenn sie den §. 5 für vollständig aufgehoben ansähe, dafür Sorge tragen, daß diejenigen jungen Menschen, welche in den letzten Jahren ausgewandert wären in der Hoffnung, daß der Art. 5 bald ausgeführt und Nord-schleswig an Dänemark gegeben würde, jetzt wieder ihre früher aufgegebenen Gerechtfame zurückbekämen. Im Reichstage habe er die Sache nicht zur Sprache gebracht, da das Selbstbestimmungsrecht jetzt einen niedrigen Cours habe, und er nur dieselbe Antwort bekommen würde wie früher. Der Zeitpunkt sei für ihn noch nicht gekommen, der Regierung eine Antwort abzufragen.

Aus Berlin vom 30. Juli wird der Magdeburger Zeitung geschrieben: „Auch in diesem Sommer wird wiederum die Commission von gelehrten Hebräern zusammentreten, die mit der Revision der lutherischen Bibelübersetzung betraut ist. Die Mitglieder der Commission sind theils Dozenten evangelisch-theologischer Facultäten, theils Privatgelehrte. Wie gründlich und deshalb nur langsam die Revision vordringt, ist daraus zu ersehen, daß trotz vieljähriger Arbeiten die Commission immer noch bei der Genesis steht, und die in Vorschlag gebrachten Änderungen der Luther-Übersetzung nach der Canstein'schen Ausgabe sind noch lange nicht definitiv, denn die Revisionscommission gibt ihre Vorschläge an das Kirchenregiment ab, das die beantragten Änderungen einer Superrevision unterziehen läßt, an welcher sich außer gelehrten Hebräern gründliche Forscher für deutsche Sprache betheiligen. Der Superrevision liegt ob, für das etwa aus dem Text auszumergende Wort ein anderes einzufügen, das sich im Geiste der Luther'schen Sprache hält; es kommt darauf an, durch die Änderungen den Gemeinden ein Novum zu geben, das sich ihrem Bibelgefühl zwanglos anschmiegt. Der Respekt vor der Ausdrucksweise Luther's ist gewiß voll berechtigt, denn wir haben an seiner Bibelübersetzung einen Sprachschatz, an dem sich unsere Classiker gebildet und bereicherten. Freilich wird durch die überängstliche Vorsicht bei den Änderungen der Zweck der Revision ziemlich illusorisch, denn sie wurde aus keinem andern Grunde angeordnet, als weil sich in der Luther-Übersetzung viele, darunter sogar starke Fehler vorfinden. Namentlich gilt dies vom Alten Testament. Das Revisionsverfahren wird, wenn es das bisherige Tempo beibehält, nach etwa 100 Jahren und später zum Abschluß kommen.“

Preußen. Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Berlin vom 31. Juli: „Die Aufstellungen der Etats der einzelnen preussischen Ressorts sind am 1. Juli dem Finanzminister eingereicht worden und man ist jetzt mit der Prüfung der Forderungen beschäftigt. Soweit es bis jetzt den Anschein hat, wird der nächstjährige Etat sich kaum erheblich von dem jetzigen unterscheiden. Der Wechsel der Chefs in drei Ressorts wird die Etatsaufstellung unberührt lassen. Es ist bislang noch gar nicht davon die Rede gewesen, dem Landtage schon in seiner ersten Session die Verlängerung der Budget- und Legislaturperioden zu unterbreiten. Ist einmal der Beschluß des Reichstages in dieser Richtung gefaßt, so wird dem Landtage kaum etwas anderes übrigbleiben, als seinerseits sich anzuschließen. Es bestätigt sich vollkommen, daß jetzt in allen Ministerien wie im Reichskanzleramt nur die laufenden Geschäfte abgewickelt werden und gesetzgeberische Arbeiten nicht vor der zweiten Septemberwoche in Angriff genommen werden sollen. Hinsichtlich des Landtages geht die Absicht für jetzt dahin, die erste Session der neuen Legislaturperiode möglichst wenig mit Arbeiten zu belasten.“

Dem bevorstehenden Scheiden des Prinzen Wilhelm von der Hochschule in Bonn widmete die Bonner Zeitung am Vorabend des Abschiedstages, am 30. Juli, folgende Betrachtungen:

Der strenge, ernste Sinn, womit unser Hohenzollerngeschlecht allen Lebensaufgaben entgegenzutreten gewohnt ist, zeigt sich ganz besonders in der Erziehung der eigenen Söhne und Töchter. Je größer und schwieriger die Pflichten sind, welche dieser harrten, um so sorgfältiger und umfassernder werden die Vorbereitungen getroffen, die sie zur Erfüllung jener Pflichten befähigen sollen. Und da man die preussischen Schulen — eine der vortrefflichsten Schöpfungen unsers Fürstenhauses — mit Recht als Musteranstalten bezeichnet, so konnte der Sohn des Kaisers für seine Kinder in der That keine bessere Wahl treffen, als sie mit den Kindern des Volkes eben diese Schulen besuchen zu lassen. So haben wir die beiden ältesten Söhne des Kronprinzen in Kassel als Gymnasiasten gesehen, und eben jetzt, während